

Backnanger Kreiszeitung

Murrta-Bote
Amtliches Bekanntmachungsblatt für



Backnanger Tagblatt
den Rems-Murr-Kreis und die Große Kreisstadt Backnang

Zusteller
(m/w/d)
gesucht
Telefon 071 91/808-112
Backnanger Kreiszeitung

Nummer 271

Samstag, 21. November 2020

Einzelpreis Euro 2,50 E 1445 A

Wochenende
Umdrehen und weg!
16 Seiten
Wochenende

Abschiednehmen in Coronazeiten



Aufgrund der Coronapandemie gelten in Kliniken und im Hospiz spezielle Vorkehrungen. Wenn aber geliebte Menschen sterben, dann

wird in besonderem Maße deutlich, wie wichtig Abschiednehmen ist, wozu auch die Beerdigung zählt. Der Gang zum Friedhof, der am morgigen

Totensonntag traditionell bei vielen ansteht, verdeutlicht dies. Foto: A. Becher
► Seite 21

Stadt verbietet Feuerwerk an Silvester

Innerhalb des Stuttgarter City-Rings darf kein Böller gezündet werden.

STUTTGART. Corona gegen Böller: Die Stadt Stuttgart plant an Silvester ein Feuerwerksverbot innerhalb des City-Rings sowie auf weiteren 15 Plätzen. Das hat Stuttgarts Oberbürgermeister Fritz Kuhn am Freitag angekündigt. Bereits beim letzten Jahreswechsel hatte es auf dem Schlossplatz ein Böllerverbot gegeben – eine damals veranstaltete Laser- und Musikshow mit 10 000 Besuchern fällt allerdings dieses Mal wegen verschärfter Corona-Maßnahmen ebenfalls ins Wasser.

Die Landeshauptstadt will so sicherstellen, dass die Infektionszahlen bei Sektlaune und Gedränge nicht weiter in die Höhe steigen. Die Polizei ist zur Überwachung mit mehreren Hundert Beamten im Einsatz – in einer Stärke, wie sie nach der Krawallnacht Mitte Juni in der Innenstadt aufgeboten war. Polizeipräsident Franz Lutz plädiert für einen weitgehend abgesperrten Schlossplatz. Allerdings wird damit gerechnet, dass sich die Feier-Schwerpunkte in die Peripherie verlagern könnten. (wdo)

Lokales

Stadt und Kreis

► 23 • Flüchtlinge als Täter

Kriminalität bei Flüchtlingen ist ein heikles Thema, das in der politischen Diskussion oft instrumentalisiert wird. Aber wie sieht es mit den Fakten aus? In unserer Serie „Wir schaffen das! Tatsächlich?“ beleuchten wir diese Frage aus lokaler Sicht.

► 24 • Verbindung von Tal zu Tal

Wo bisher schon im Freizeitverkehr der Berg- und Talbus fährt, soll es vielleicht schon bald eine reguläre Busverbindung geben. Im Kreis Ludwigsburg gibt es Pläne, einen Lückenschluss herzustellen und damit eine Linie zu schaffen, die das Murrta und das Bottwartal verbindet.

Rems-Murr-Sport



► 10 • Köhner mit der Kamera

Viel Geduld, ein gutes Auge und eine schnelle Hand: Diese drei Fähigkeiten braucht Klaus Weißmann für seinen Job und sein Hobby. Der preisgekrönte Naturfilmer liegt mit seiner Kamera in Wald und Wiesen auf der Lauer, mit dem Tischtennisschläger steht der 52-Jährige für Großerlach an der Platte.

Ihr direkter Draht zu uns

- Anzeigen 071 91 / 808-114 anzeigen@bkz.de
- Vertrieb 071 91 / 808-138 leserservice@bkz.de
- Redaktion 071 91 / 808-170 redaktion@bkz.de
- Fax 071 91 / 808-111

► 16 • Börse

Dax	Euro Stoxx 50	Euro
13137,25 Pkt. +51,09 Pkt.	3467,60 Pkt. +15,63 Pkt.	1,1863 Dollar +0,031 Cent

► 19 • Wetter



Mittags 5°
Nachts -3°
Nach Nebelauflösung viel Sonne und Wolken



4 194218 302509

Studie: Zwangsabgabe für Bus und Bahn in Stuttgart möglich

Verkehrsminister Hermann will den Nahverkehr im Land attraktiver machen. Er hat verschiedene Modelle durchrechnen lassen. In der Landeshauptstadt müsste jeder Autofahrer 30 Euro zahlen.

VON EBERHARD WEIN

STUTTGART. Im Gegenzug für günstigere oder kostenlose Angebote im Nahverkehr sollen Kommunen im Südwesten Geld von Bürgern eintreiben können – auch von denen, die Busse und Bahnen nicht nutzen. Das will Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) den Kreisen, Städten und Gemeinden per Gesetz erlauben.

Ein Gutachten, welches er in Auftrag gegeben hatte, kommt zu dem Ergebnis, dass es mehrere zulässige Möglichkeiten dafür gibt. Sowohl eine Citymaut, die von Autofahrern kassiert wird, wie auch eine Umlage auf alle Einwohner oder wahlweise alle Fahrzeughalter sind demnach möglich und könnten die notwendigen Mittel einbringen.

„Mehr Menschen sollen das Auto stehen lassen“, sagte Hermann bei der Vorstellung der Untersuchung. „Wir brauchen eine Verdopplung der Nutzerzahlen bis 2030.“ Er kündigte an, im Falle eines grünen Wahlsiegs bei der Landtagswahl im März ein entsprechendes Gesetz vorzulegen. Es soll den Kommunen die Möglichkeit eröffnen, solche Modelle einzuführen. Bisher war er mit diesem Ansinnen am Koalitionspartner in der Landesregierung, der CDU, gescheitert.

„Wir brauchen eine Verdopplung der Nutzerzahlen im Nahverkehr bis 2030.“

Winfried Hermann (Grüne), Verkehrsminister im Land

Foto: Lichtgut/Christoph Schmidt



Länder planen Verlängerung des Teil-Lockdowns

Biontech beantragt Zulassung für Corona-Impfstoff in den USA.

BERLIN. Angesichts der hohen Infektionszahlen wollen die Bundesländer offenbar die bestehenden Corona-Einschränkungen bis zum 20. Dezember verlängern und teilweise verschärfen. Die Auslieferung eines Impfstoffs gegen Corona rückt indes einen Schritt näher. Das deutsche Unternehmen Biontech und der US-Pharmakonzern Pfizer kündigten an, am Freitag einen Antrag auf Notfallzulassung des Präparats bei der US-Arzneimittelbehörde FDA zu stellen. Sie hoffen nach eigenen Angaben auf eine Zulassung und erste Impfungen vor Jahresende. (AFP)

CDU will Beamte in Rente einzahlen lassen

SPD und Linke unterstützen Vorschlag von Sozialausschuss.

VON BERNHARD WALKER

BERLIN. Beamte, die im Jahr 2030 jünger als 30 sind, sollen in die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) einbezogen werden. So steht es in einem Konzept des Fachausschusses für Soziales der CDU. Während SPD und Linke den Vorstoß begrüßen, lehnt ihn der Beamtenbund Baden-Württemberg ab. Der Emmendinger CDU-Abgeordnete Peter Weiß betont, dass es sich um eine „Arbeitsvorlage von Referenten“ handle, über die noch nicht abschließend beraten sei.

Unter dem Titel „Wir wollen eine funktionierende Rente für alle“ weist das Konzept darauf hin, dass es etwa für Selbstständige und Politiker verschiedene, von der GRV unabhängige Alterssicherungssysteme gebe: „Die Rentensysteme jenseits der GRV werden von der Bevölkerung als Privilegien betrachtet, an denen sie nicht teilnehmen können.“ Deshalb sei es für die CDU „vorstellbar“, die Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung zu entwickeln.

„Zwangsabgaben sind keine zukunftsfähige Lösung“, sagte die verkehrspolitische Sprecherin der CDU, Nicole Razavi, und erneuerte ihre Ablehnung. Jeder Steuerzahler finanziere bereits jetzt den Nahverkehr mit, selbst wenn er ihn nicht nutze. „Der notwendige Ausbau ist über direkte Zuschüsse und Förderprogramme zu stemmen und nicht über verdeckte Steuererhöhungen.“

Wesentlich aufgeschlossener reagierten Vertreter von Städten und Gemeinden. „Wir sind sehr interessiert“, sagte Wolfgang Förderer von der Landeshauptstadt Stuttgart. Die Finanzierung der Verkehrswende müsse deutlich breiter verankert werden, führte der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) aus.

Für die Landeshauptstadt Stuttgart, für Tübingen, Bad Säckingen sowie für die Metropolregion Mannheim/Heidelberg waren bei der Studie Modelle durchdacht worden. Stuttgart sollte darin 100 Millionen Euro für den Ausbau des Nahverkehrs bekommen. Dafür müsste jeder Bürger eine monatliche Abgabe von 20 Euro zahlen. Zahlten nur die Fahrzeughalter, steigt der Beitrag auf 30 Euro. Der Betrag würde als Guthaben für Fahrten zur Verfügung stehen. Dieses würde verfallen, wenn es nicht genutzt wird.

Kommentar

Rente für alle?

Die Idee, Beamte ins Rentensystem zu packen, ist richtig – aber teuer.

VON BERNHARD WALKER

Die trauen sich was, die Mitglieder im Fachausschuss für Soziales der CDU. Da verteidigt ihre Partei tapfer die Vielfalt in puncto Alterssicherung, genauer: die Tatsache, dass Beamte, manche Selbstständige und Politiker nicht in die Rentenkasse einzahlen. Doch nun sagt der Ausschuss der Parteilinie Adieu und erklärt zutreffend, dass die Bevölkerung die Sicherungssysteme abseits der Rentenversicherung – dazu zählt die Beamtenversorgung – als „Privilegien“ betrachtet.

Der Ausschuss schlägt deshalb vor, Beamte, die 2030 jünger als 30 Jahre sind, in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Das ist zwar nur ein Vorschlag, noch ist nichts entschieden. Allerdings eröffnet der Ausschuss eine Debatte, die sich viele Bürger wünschen. Sie fragen sich, warum bei uns nicht gehen soll, was in Österreich schon seit Jahren gilt. Dort hatte 2004 Bundeskanzler Wolfgang Schäussel – der ist übrigens ein Christdemokrat – durchgesetzt, dass nach einem Stichtag neu berufene Bundesbeamte in die allgemeine Rentenversicherung einbezogen werden.

Eine solche Reform ist also nicht bloß ein Projekt linker Umverteilungsfantasten. Und doch hat sie zwei große Haken. In Deutschland müssten 16 Länder mitziehen, weil sie Dienstherrn der meisten Beamten sind. Und teuer wäre es auch. Der Staat müsste in einer langen Übergangszeit heute schon erworbene Pensionsansprüche der Beamten bezahlen und für neue Beamte Beiträge an die Rentenkasse abführen. Es entstünde also eine Doppelbelastung. Ob die Gesellschaft sie bezahlen will: Das ist die Frage, die sie jetzt nach dem Vorstoß aus den Reihen der CDU schleunigst klären sollte.

bernhard.walker@stzn.de

Corona: Totensonntag wird im Netz begangen

KARLSRUHE. Am bevorstehenden Ewigkeits- oder Totensonntag können Trauernde auch im Internet ihrer verstorbenen Angehörigen und Freunde gedenken. Die digitale Alternative gibt es am 22. November um 18 Uhr auf Trauernetz.de, teilte die evangelische Kirche mit. Sie soll unter Corona-Bedingungen Trauernden, die nicht an einem Gottesdienst teilnehmen können, eine Möglichkeit des Gedenkens an die Verstorbenen bieten. Im Chat kann man auch an schon länger verstorbene Menschen erinnern, hieß es weiter.

Mit dem Ewigkeits- oder Totensonntag enden im November die Trauer- und Gedenktage. Er ist der letzte Sonntag des Kirchjahres vor dem Advent. (epd)
► Leitartikel Seite 2